

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 519
der Abgeordneten Barbara Richstein
Fraktion der CDU
Drucksache 4/1343

Die EU in brandenburgischen Rahmenlehrplänen

Wortlaut der Kleinen Anfrage 519 vom 06.06.2005:

Die Europäische Union gewinnt mit ihren Entscheidungen immer mehr Einfluss auf die einzelnen Mitgliedsstaaten. Diese Kompetenzverlagerung steht in oftmals gravierendem Missverhältnis zur Kenntnis der Bürger über die Union, die ihre Lebensverhältnisse immer stärker beeinflusst.

Vor diesem Hintergrund hat sich die Europäische Union dazu entschlossen, eine Informationsstrategie zu erarbeiten, und weist darauf hin, dass eine solche Strategie nur wirksam sein wird, wenn die EU und ihre Institutionen Teil des Schullehrplans in den Mitgliedsländern werden.

Ich frage die Landesregierung:

1. Hält sie die bestehenden Regelungen in den Rahmenlehrplänen des Landes für ausreichend?
2. An welchen Stellen wird in brandenburgischen Rahmenlehrplänen das Thema Europa behandelt (bitte genaue Auflistung nach Jahrgangsstufe, Fach, Thematik und Umfang der zeitlichen Behandlung im Unterricht)?
3. Welche Maßnahmen ergreift die Landesregierung außerdem, um die Europäische Union und ihre Funktionsweise den Schülern nahe zu bringen?

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Bildung, Jugend und Sport die Kleine Anfrage wie folgt:

Zu Frage 1:

Die derzeitigen Rahmenlehrpläne für die Grundschule und die Sekundarstufe I werden hinsichtlich der Bearbeitung von Aspekten, die die Europäische Union betreffen, für ausreichend gehalten. Bezogen auf die seit 1992 geltenden "Vorläufigen Rahmenlehrpläne für die Gymnasiale Oberstufe" ist ein umfassender Überarbeitungsprozess in Kooperation der Bundesländer Berlin, Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern eingeleitet. Zu diesem Zweck erfolgt die Erarbeitung von Kerncurricula für die Qualifikationsphase der gymnasialen Oberstufe in 16 Fächern. Gemeinsame Eckpunkte haben die genannten Länder bereits erarbeitet, abgestimmt und in Kraft gesetzt. Die Kerncurricula beschreiben wesentliche Ziele und Inhalte des Unterrichts in der Qualifikationsphase. Diese werden mit Beginn des Schuljahres 2005/06 der Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt, ab November 2005 erfolgt die Überarbeitung der Kerncurricula mit dem Ziel der Inkraftsetzung für das Schuljahr 2006/07. Weitere diesbezügliche Informationen sind unter folgender Adresse erhältlich: www.lisum.brandenburg.de.

Zu Frage 2:

Die Rahmenlehrpläne als Grundlage für die Erteilung von Unterricht sind so konzipiert, dass sie den Lehrkräften einen Handlungsspielraum für die Planung und Gestaltung des Unterrichts bieten und Entscheidungen ermöglichen, die die konkreten Bedingungen an der Einzelschule und in der jeweiligen Lerngruppe berücksichtigen. Deshalb enthalten Rahmenlehrpläne keine Vorgaben zum Umfang der zeitlichen Behandlung einer Thematik, sondern orientieren sich in ihrer Gesamtheit an dem festgelegten Jahresstundenumfang in dem jeweiligen Unterrichtsfach.

Die EU ist in den Rahmenlehrplänen der Grundschule wie folgt verankert:

Geografie:

In den Jahrgangsstufen 5 und 6 ist das Themenfeld Europa mit Akzentsetzungen für Nord-, Süd-, Ost- und Westeuropa und Europäische Union umfassend vorgesehen.

Sachunterricht:

Das Unterrichtsziel besteht darin, die Vielfalt des Zusammenlebens in Deutschland und in anderen Ländern zu erfassen und zu schildern. Dabei sind auch Ursachen und Wirkung von Migration zu behandeln.

Fremdsprachenunterricht:

Dieser leistet einen wichtigen Beitrag zum Erlernen europäischer Sprachen. Das Unterrichtsziel in den Fächern aller modernen Fremdsprachen besteht nicht nur im Erwerb fremdsprachlicher Kompetenzen, sondern auch in der Entwicklung und Förderung einer kommunikativen und interkulturellen Handlungskompetenz. Damit begründet sich der Fremdsprachenunterricht aus dem Selbstverständnis heraus, einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung einer Europakompetenz bei den Schülerinnen und Schülern zu entwickeln und zu fördern.

Geschichte:

Darin sind Anforderungen und Inhalte zur Machtgeschichte Europas ausgewiesen.

Musik:

Darin wird hervorgehoben, dass alle musikalischen Ausdrucksformen der europäischen Kunstmusik vom Mittelalter bis zur zeitgenössischen Musik nahe zu bringen sind.

Kunst:

Es wird auf das Schaffen bedeutender europäischer Künstler orientiert – von Michelangelo über Cezanne zu Nolde und Kabakov.

Die EU in den Rahmenlehrplänen der Sekundarstufe I:

Die Europäische Union wird vorrangig in dem Rahmenlehrplan des Faches Politische Bildung berücksichtigt, in dem die EU ein eigenständiges Thema darstellt. Inhaltliche Bezüge zum Thema EU werden insbesondere in den Fächern Geschichte, Geografie und Deutsch hergestellt. Über den Fachunterricht hinaus erfolgt eine Verankerung in den übergreifenden Themenkomplexen – nachfolgend als ÜTK bezeichnet.

Politische Bildung:

Der Rahmenlehrplan Politische Bildung beinhaltet in der Jahrgangsstufe 10 das Themenfeld "Europäische Union". Darin sind der Aufbau, die politische Mitwirkung, die Ziele, Perspektiven und die Probleme der EU verbindlich zu behandeln. Den Themenfeldern "Bürger, Politik und staatliche Ordnung in der Demokratie" und "Wirtschaft" ist besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

Geschichte:

Im Rahmenlehrplan Geschichte wird die EU teilweise auf den Ebenen "verbindlicher Inhalte" und "wesentlicher Begriffe" in zwei von acht während der Jahrgangsstufen 9 und 10 zu behandelnden Themen ("Deutschland in der geteilten Welt – die beiden deutschen Staaten als Teil des Ost-West-Konflikts", "Konflikte und Sicherungssysteme") wie folgt erfasst: "Integration der BRD und der DDR in Bündnissystemen" und "Die Bundesrepublik Deutschland in Europa", "Montanunion" und "EG". Im Kapitel "Zum Umgang mit den übergreifenden Themenkomplexen" wird Folgendes empfohlen: "Europa – mehr als die Europäische Union" fächerverbindend zu bearbeiten und "Europa – Einheit und Vielfalt" als übergreifendes Thema zu behandeln.

Geografie:

Im Rahmenlehrplan Geografie werden thematische Hinweise für eine Fächerverbindung mit dem Fach Politische Bildung gegeben. Die EU ist in Geografie wie auch in Geschichte Inhalt folgenden größeren Themas (Themenfeld "Globalisierung der Wirtschaft – wo Grenzen fallen; Liegt in der EU unsere Zukunft?"): "Mitgliedsländer der EU, Straßburg (Europäisches Parlament), Brüssel (Sitz der EU)". Das genannte Themenfeld ist in den Jahrgangsstufen 9 und 10 neben acht weiteren zu behandeln.

Deutsch:

Mit Bezug auf den übergreifenden Themenkomplex "Friedenssicherung, Globalisierung, Interkulturelles" wird exemplarisch auf Inhalte des Deutschunterrichts aufmerksam gemacht, die Anknüpfungspunkte beispielsweise zur Migrationsliteratur und europäischen Dimension in Sprache und Literatur bieten.

Übergreifende Themenkomplexe:

Das Thema EU ist Bestandteil des ÜTK "Friedenssicherung, Globalisierung, Interkulturelles". Vom Landesinstitut für Schule und Medien wurde 2003 ein Material zur Rahmenlehrplan-implementation der Sekundarstufe I herausgegeben, dessen Planungsgrundlage explizit folgenden Themenschwerpunkt ausweist: "Zusammenwachsen Europas (Institution, rechtliche Grundlagen, Prozesse; Akteure, Konflikte, Interessen; wirtschaftliche, politische, rechtliche, kulturelle Integration)."

Europa in den Vorläufigen Rahmenplänen für die gymnasiale Oberstufe:

Fremdsprachen :

Hierzu wird auf die bereits erfolgten Ausführungen zum Fremdsprachenunterricht verwiesen.

Deutsch:

Die Aufgaben und Ziele werden in dem Rahmenplan wie folgt benannt: "In der Auseinandersetzung mit Texten aus der Gegenwart und der Vergangenheit entwickeln sie ihren Sinn für Geschichte, begreifen ihre eigene Geschichtlichkeit und beurteilen aus dieser Perspektive kulturelle Prozesse der Gegenwart. Hierbei rücken insbesondere Entwicklungen zu einem geeinten Europa und weitere Internationalisierungsprozesse in den Blick..."

Geschichte:

Als wahlweise-obligatorisches Thema im 4. Schulhalbjahr der Qualifikationsphase wird aufgeführt: "Geschichte der europäischen Einigung und Regionalisierungstendenzen"; als Themenvorschlag in der Jahrgangsstufe 12: "Wie stabil ist das Haus Europa?"; als Themenvorschlag in der Jahrgangsstufe 13: "Zwei Staaten – eine Nation. Spaltung und Einigung Deutschlands nach 1945".

Geografie und Politische Bildung:

Die Europäische Union wird als Unterrichtsgegenstand in diesen Fächern dargestellt.

Europa in den Rahmenplänen der Berufsbildung:

Im berufsbezogenen Bereich der beruflichen Erstausbildung wird das Thema Europa bei den kaufmännischen Berufen in den Bereichen Wirtschaft und Recht in wachsendem Maße behandelt und in vielen Lernfeldern sowohl explizit als auch implizit aufgeführt bzw. inhaltlich umgesetzt (Wirtschaftsrecht, Globalisierung von Märkten, internationale Marktanalysen, Produktrecherchen usw.). In den gewerblich-technischen Ausbildungsberufen spielt die Thematik EU im Wesentlichen im Bereich geltender europäischer Sicherheitsstandards und Normen bzw. deren Unterschiede eine Rolle (z. B. Kontaktbelegungen an Steckverbindungen; Farbgebungen an Gas-Leitungen, elektrischen Leitungen; Normungen im Bereich von Nennweiten, Bauteilgrößen oder Mischungsverhältnissen; unterschiedliche gesetzliche Grundlagen für die Durchführung bestimmter Dienstleistungen usw.).

Im berufsübergreifenden Bereich der beruflichen Erstausbildung und der Fachoberschule/Gymnasiale Oberstufe wird das Thema Europa an mehreren Stellen in den Fächern Wirtschaft/Politische Bildung verbindlich behandelt.

Zu Frage 3:

Die Landesregierung unterstützt nachdrücklich die intensive Auseinandersetzung von Schulen mit europäischem Gedankengut vor dem Hintergrund der Europäischen Union und deren Arbeits- und Wirkungsmechanismen.

In diesem Kontext wird den Schulen im Rahmen der eigenen Profilbildung angeboten, sich diese Ideen über ein besonderes Engagement insbesondere im fremdsprachlichen Bereich und bei der regelmäßigen Teilnahme an Programmen der EU anzueignen. Schulen, die sich dieser Aufgabe stellen und entsprechende Kriterien erfüllen, können den Titel "Europaschule" erlangen. Derzeit tragen 19 brandenburgische Schulen diesen Titel.

Darüber hinaus unterstützt die Landesregierung die Teilnahme brandenburgischer Schulen an Initiativen der EU. Insbesondere die Europawoche, die von den deutschen Ländern gemeinsam mit der Bundesregierung, dem Informationsbüro des Europäischen Parlaments und der Vertretung der Europäischen Kommission veranstaltet wird und in diesem Jahr unter dem Motto "Europa in guter Verfassung" stand, ist geeignet, Schulen für die aktive und kreative Befassung mit europäischen Fragen zu sensibilisieren.

Aufgrund der nachbarschaftlichen Lage zu Polen nehmen die Beziehungen zu diesem Land für brandenburgische Schulen einen besonderen Stellenwert ein. Die derzeit über 250 brandenburgisch-polnischen Schulpartnerschaften und die seit 1992 entlang der Grenze zu Polen bestehenden "Deutsch-polnischen Schulprojekte" lassen für die Schülerinnen und Schüler beiderseits der Grenze über das Wissen um die Funktionsweise der Europäischen Union hinaus anschaulich und lebendig werden, welche besonderen Chancen und Herausforderungen die europäische Staatengemeinschaft bietet.